



**Ulli Nissen**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Ulli Nissen, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

**Deutscher Bundestag**  
**Platz der Republik 1**  
**11011 Berlin**  
Tel.: 030 227 – 77147  
Fax: 030 227 – 76148  
E-Mail: [ulli.nissen@bundestag.de](mailto:ulli.nissen@bundestag.de)  
Internet: [www.ulli-nissen.de](http://www.ulli-nissen.de)

**Wahlkreisbüro**  
**Fischerfeldstr. 7-11**  
**60311 Frankfurt**  
Tel.: 069 299888 - 610  
Fax: 069 299888 - 612  
E-Mail: [ulli.nissen.ma02@bundestag.de](mailto:ulli.nissen.ma02@bundestag.de)

8. November 2018

## **Erklärung nach §31 GO BT der Abgeordneten Ulli Nissen**

### **Persönliche Erklärung der Abgeordneten Ulli Nissen zur Abstimmung zum TOP 7 am 8. November 2018 zum Antrag von DIE LINKE „Zwei-Prozent-Rüstungsziel der NATO ablehnen“**

Heute entscheidet der Deutsche Bundestag über den Antrag der Fraktion DIE LINKE „Zwei-Prozent-Rüstungsziel der NATO ablehnen“. Die Fraktion DIE LINKE fordert in ihrem Antrag die Bundesregierung dazu auf, in den offenen Konflikt mit dem NATO-Koalitionspartner zu gehen. Das lehne ich ab.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben stets deutlich gemacht, dass wir uns der von den USA vorgegebenen Aufrüstungsspirale nicht unterwerfen werden. Deshalb brauchen wir auch keine weitere Erhöhung des zuletzt stark gestiegenen Verteidigungsetats. Im kommenden Jahr soll die Bundeswehr etwa 43 Milliarden Euro erhalten. Das ist ausreichend.

Den Verteidigungsetat weiter zu erhöhen würde die Welt kein Stück sicherer machen und die Probleme der Menschen in den Kriegsgebieten nicht lösen. Wir müssen viel mehr in die Entwicklungszusammenarbeit investieren, damit humanitäre Hilfe in Katastrophengebieten geleistet werden kann und die Hilfe direkt bei den Menschen ankommen kann.

Wir müssen Abrüstungsinitiativen und konventionelle Rüstungskontrollen europaweit stärken. Vertrauensbildende Maßnahmen, Transparenz militärischer Entscheidungen können einen langfristigen Frieden garantieren. Dazu brauchen wir ein Sicherheitskonzept, das alle Aspekte umfassend behandelt.

Die SPD war immer eine Partei, die sich für Frieden in der Welt eingesetzt hat. Ich bin der festen Überzeugung, dass dies nicht gelingen wird, wenn wir unsere NATO-Bündnispartner offen brüskieren. Ich werde daher den hier vorliegenden Antrag ablehnen. Er ist insgesamt nicht dazu geeignet, den Frieden in der Welt sicherzustellen.

8. November 2018



Ulli Nissen, MdB